

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.80 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 877.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reflekt. 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 877.

Nr. 218.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 17. September 1930.

12. Jahrgang.

O nur Groll nicht und Hassen
Herr werden lassen!
Es ist so wenig, was das Leben gibt,
Es ist so viel, was jeden Tag zerfließt.
Such lieber zu fassen,
Wo es dich liebt!

Caesar Klaischlen.

Die Räumung Frankreichs 1873 und die Rheinlandräumung 1930.

Ein Vergleich.

O. Bungeoth.

Wenn man den kürzlich erfolgten Gefühlserguss Poincarés in der „Vossischen Zeitung“ über die Friedlichkeit seiner Empfindungen Deutschland gegenüber, über die er sich beim Versailler Friedensschluß gegen Wilson geäußert haben will, im Lichte der geschichtlichen Wahrheit betrachtet, dann kommt man zu wesentlich anderen Resultaten, als Poincaré selbst.

Man lese nur einmal nachstehenden Briefwechsel zwischen Manteuffel und Bismarck einerseits und Kaiser Wilhelm I. andererseits, den der Schriftsteller Karl Vinnebach in seinem Buch: „Deutschland als Sieger im besetzten Frankreich“ mitteilt. Auszugsweise hatte er denselben bereits 1924 veröffentlicht. Es ist bezeichnend für die übertriebene Angstlichkeit der damaligen Außenpolitik, daß dieser Auszug bei der Bekämpfung der französischen Zerstörungsbeforderungen unbenutzt geblieben ist.

Damals schrieb Karl Vinnebach, die Besetzung Frankreichs durch deutsche Truppen in den Jahren 1871 bis 1873 und die Besetzung der Rheinlande seien von einander verschieden, wie der helle Tag von der finsternen Nacht. „Das kann überhaupt nicht anders sein. Zwei so grundverschiedene Bäume wie die Politik Bismarcks und der Frankfurter Frieden einerseits, die Politik Clemenceaus und Poincarés und der Versailler Vertrag andererseits können gar nicht anders als grundverschiedene Früchte tragen.“

Die deutsche Besatzungspolitik war beherrscht von der Gesinnung, die Bismarck bekundete, als er am 25. Oktober 1871 unter dem Beifall des deutschen Reichstags erklärte, daß er „es nicht für unsere Aufgabe halte, unsern Nachbarn mehr zu schädigen, als es zur Sicherstellung des Friedens für uns absolut notwendig ist (Bravo!), im Gegenteil, ihm zu nützen, und ihn in den Stand zu setzen, sich von dem Unglück, welches über das Land gekommen ist, zu erholen, soviel wir ohne Gefährdung der eigenen Interessen dazu beitragen können.“ (Sehr wahr!)

Am 12. Mai 1873 schrieb der Höchstkommandierende der deutschen Okkupationsstruppen, General v. Manteuffel, an Bismarck: „Euer Durchlaucht haben in dem geehrten Schreiben vom 26. März mir ausgesprochen, daß Hochdieselben Fragen, welche die Räumung der Festungen (im besetzten französischen Gebiet) betreffen und bei denen politische Rücksichtnahmen mit rein militärischen Interessen in Collision kämen, mit lebhaftem Interesse entgegenföhen, und ich habe Euer Durchlaucht hierauf unter dem 28. März vorläufig berichtet,

1. daß eine Hauptfrage sein würde, ob die politischen Verhältnisse gestatten würden, daß ich den 5. Juni mit der Räumung der Festungen beginnen könne . . .

Die zweite Frage betrifft die Art der Desarmierung, ob hier rein militärische Gesichtspunkte leitend sein sollen, oder ob die Politik es erfordert, daß Rücksichten auf die Gefühle der Franzosen und auf evtl. Eindrücke in den Europäischen Kabinetten genommen werden. . .

In Bezug auf die Desarmierung hat mir das königliche Kriegsministerium die nachstehenden Gesichtspunkte gegeben:

1. daß alle beweglichen Gegenstände der artilleristischen und fortifikatorischen Armierung der Festungen, welche eine nutzbare Verwendung noch bei uns finden können, nach Metz und Straßburg zurücktransportiert werden,

2. daß aber Material, das für uns nicht mehr zu brauchen ist, in völlig unbrauchbaren Zustand versetzt und dann an Ort und Stelle verkauft oder in diesem Zustand zurückgelassen wird.

Ueber Letzteres habe ich nun Bedenken, denn diese Zerstörung von alten Lafetten, Eisenmunition für glatte Geschütze usw. macht einen das Nationalgefühl verletzenden Eindruck und kann von der Presse leicht in uns ge-
hässigem Sinne ausgebeutet werden.

Für uns aber würde durch den Verkauf schwerlich ein Vorteil entstehen, weil kein Franzose diese Sachen kaufen würde, aus der Furcht, daß ihm dies in der Meinung

seiner Landsleute Schaden brächte. . . Das Zurückbauen dagegen von Hohlbauten, die Zurücktransportierung des noch brauchbaren Materials, der Verkauf des brauchbaren Holzes als Brennholz, hat nichts, was das Gefühl verletzen oder in der Presse gehässig ausgebeutet werden könnte.

Anders liegt es mit dem Mauerwerk.

Das militärische Interesse erfordert es unbedingt, die Festungen in so verteidigungsunfähigem Zustand zu übergeben als rechtlich irgend zulässig ist. (Die Grenze der deutschen Maßnahmen bildet also das Recht.)

Aber eine solche gewaltsame Zerstörung dieser Bauten würde unstreitig etwas Gefährliches, keineswegs auf Friedensausichten Deutendes haben, würde gesundes Material für die uns feindseligen Blätter werden, und würde leicht bei den europäischen Kabinetten ausgebeutet werden können — außerdem aber käme hier das Pfund Fleisch des Schlocks zur Sprache.

Schwer läßt sich bestimmen, wie weit man in der Zerstörung gehen dürfte.

Die Frage ist aber doch von solcher Wichtigkeit, daß ich nicht glaube, auf eigene Verantwortlichkeit Entscheidungen über sie treffen zu können. Der Oberbefehlshaber gez. v. Manteuffel.

Bismarck schrieb daraufhin an Kaiser Wilhelm I.: „Was zunächst die beweglichen Gegenstände der artilleristischen und fortifikatorischen Armierung der Festungen anlangt, so dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß dieselben, wenn sie entweder eine nutzbare Verwendung für das deutsche Heer finden, oder, wie z. B. die Eisenmunition für glatte Geschütze, zu einem, die Kosten ihrer Beförderung nach Deutschland deckenden Preise in Deutschland verkauft werden können, nach Deutschland zu senden sein werden. Fraglich ist es dagegen, wie mit solchen Gegenständen zu verfahren sein wird, welche, wie z. B. alte Lafetten, weder für das deutsche Heer brauchbar noch in Deutschland ohne Schaden zu verkaufen sind. . . Die Wahl der ersten Alternative ist völlerrechtlich unzweifelhaft zulässig, ich kann indessen für dieselbe nicht stimmen, weil es nach meiner Ueberzeugung in und außerhalb Frankreichs als ein durch wirkliche eigene Interessen nicht motivierter Akt der Feindseligkeit angesehen werden würde, wenn wir Gegenstände, von welchen wir keinen Gebrauch machen können und von welchen auch Frankreich einen militärischen Gebrauch zu machen schwerlich imstande sein wird, zerstören.“

Es handelt sich ferner um die Bauten, welche von der deutschen Heeresleitung zur Sicherung der besetzten französischen Festungen ausgeführt worden und deren Kosten vertragsmäßig nicht zu erstatten sind (!). (Man vergleiche damit die Unkosten der Rheinlandbesetzung!) Fraglich dagegen ist es, wie mit den in Mauerwerk ausgeführten Bauten zu verfahren, ob durch Niederlegung derselben der Verteidigungszustand der einzelnen Plätze wieder auf den Standpunkt zurückzuführen ist, wie er bei Uebergabe derselben vorhanden war, oder ob diese Bauten unberührt bleiben sollen. Auch hier kann ich mich nur für die zweite Alternative aussprechen. Die Zerstörung dieser Bauten würde bei der gegenwärtigen politischen Lage nichts anderes sein und nicht anders aufgefaßt werden können, denn als die Auferlegung eines weiteren Geldopfers an Frankreich. . .

ge. v. Bismarck.

Dieser hier mitgeteilte Briefwechsel bedarf eigentlich keines weiteren Kommentars. Charakterisiert er doch den Unterschied zwischen der Räumung von 1873 und der Rheinlandräumung sowie der gesamten durch das Versailler Diktat verfügten, einseitigen Entwaffnung Deutschlands in nicht mißzuverstehender Weise. Auf zwei Punkte aber möchten wir doch noch hinweisen. Einmal, wie vorsorglich Bismarck bemüht war, Frankreich vor nicht unbedingt staatsnotwendigen Geldausgaben zu schützen in seinem Antrag an den Kaiser. Vergleichen wir damit die gesamte Reparationspolitik, die doch in der Hauptsache auf französische Nachschaffungen zurückschlugen. Neben den Reparationsausgaben figuriert beispielsweise von der deutschen Öffentlichkeit wenig beachtet, eine Summe von 2,64 Milliarden, die uns, ganz nebenbei gesagt, allein die Ruhrbesetzung einschließlich Regieeinrichtung 1923 gebracht hat, wie das Archiv für Eisenbahnwesen 1926, Bd. 49, S. 1 ff. mitteilt.

Zum andern weisen wir auf die mutwillige Zerstörung der Flugzeughallen in den Rheinlanden als mißtönenden Schlussschluß der Rheinlandräumung, womit man die aus wahrhaft christlicher Humanität ergriffenen Maßnahmen der Bismarckschen Politik von 1873 vergleichen möge, um den Unterschied beider Räumungen empfinden und sich begrifflich klar machen zu können.

Daß Kaiser Wilhelm I. die Bismarckschen Vorschläge annahm, verstand sich bei seiner Gesinnung von selbst.

Kirchliche Nöte des Landvolkes in Amerika.

Ein Warnungszeichen.

Ein amerikanisches kirchliches Blatt, „The Lutheran“, bringt einen Artikel von einem hervorragenden Mitglied der lutherischen Kirche Amerikas (united Lutheran Church) geschrieben, welcher zeigt, wie sehr die Probleme, die uns begeben, auch drüben die Geister beschäftigen. Die Entwicklung in Amerika ist in mancher Beziehung der unsrigen vorausgeeilt. Die Beobachtungen, die drüben über das Verhältnis von Stadt und Land in kirchlicher, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung gemacht werden, können darum für uns wohl als ein Warnungszeichen gelten.

In früheren Zeiten bauten die Farmer in Amerika ihre Kirchen selbst, organisierten sich in Gemeinden, stellten ihre Pastoren an ohne irgendeine Hilfe von außen. Ja, wenn ihre Mitglieder in die Stadt zogen, dann brachte das Land noch die Mittel auf, um in den Städten Kirchen zu errichten. Die Veränderungen, die durch die zunehmende Industrialisierung stattgefunden haben, sind ganz gewaltig. Das Blatt gibt die Zahl von 2 Millionen Farmer an, welche jährlich das Land verlassen, um in die Stadt zu ziehen. Die Farmer gehen in den Besitz von Banken und Versicherungsgesellschaften über. Der Acker wird nur noch durch Pächter kultiviert, die beständig am Kommen und Gehen sind. Eine ganze Reihe von Kirchen liegt in ganz menschenarm gewordenen Gegenden. Eine größere Anzahl von ihnen wird überhaupt nicht mehr für ihren ursprünglichen Zweck gebraucht. Der amerikanische Ackerbau, sagt Mr. Olsen, einer der führenden Leute der dortigen Landwirtschaft, leidet nicht nur dadurch, daß das Land im Preise sinkt, sondern hauptsächlich durch allgemeine Ueberproduktion. Die Einführung von Maschinen anstatt der Pferde, die Zunahme des Verbrauches an Obst und Früchten, welche Hand in Hand geht mit einer Abnahme des Verbrauches von Getreide und Fleisch, die Abnahme des europäischen Bedarfs, die enorme Ausbreitung der Ackerbau-Produktion in Kanada, Australien, Argentinien, sind die Ursache für die Ueberproduktion von Farmprodukten. Man befindet sich in einer wirklichen Agrarrevolution. Zwischen 1920 und 1926 haben 168 000 Farmer allein in Virginien ihre Farmen durch gerichtliche Pfändung verloren. Dabei wird auch dort noch immer das Land als das Rückgrat der christlichen Zivilisation angesehen. 80 Prozent aller Kirchen und Sonntagschulen sind noch immer auf dem Land. Fünf Sechstel der Prediger, sechs Siebtel der Pastoren, drei Viertel der Studenten kommen vom Lande. Siebzehn von den siebenundzwanzig Präsidenten, die die Vereinigten Staaten gehabt haben, waren ursprünglich Bauernjungen, Präsident Hoover eingeschlossen. Es ist die Ueberzeugung der Führer der Kirche, daß die christliche Zivilisation auch in Amerika mit dem Landpastor und der Dorfkirche steht und fällt. In der Stadt, so heißt es, gibt es kein eigentliches Familienleben mehr. Die Kameradschaftsheit ist ein städtisches Produkt. Auf die städtische Familie kommt nur 1 1/2 Kind, während 3 1/2 auf das ländliche Heim kommen. 70 Prozent der Kinder, die auf dem Lande geboren sind, landen schließlich in der Stadt. Wenn die Städte und die Kirchen in der Stadt auf sich selbst angewiesen wären für ihr Wachstum, ohne immer wieder vom Land aus gestärkt zu werden, so würden sie in einigen Generationen vollständig zugrunde gehen. Darum müsse die Dorfkirche die christliche Zivilisation retten, das ländliche Heim müsse die besten Ueberlieferungen des Volkes bewahren und es seiner Bestimmung entgegenführen.

Die Mittel, welche von kirchlicher Seite zur Hebung der Not angegeben werden, sind einmal Vereinigung kleinerer Landgemeinden zu größeren, ferner Missionsarbeit für das Land. Die eigentliche Masse des Landvolkes hat das Evangelium nicht mehr, sind doch in Virginien 58 Prozent des Landvolkes überhaupt nicht Mitglieder irgendeiner Kirche. Ganz besonders aber — und hier liegt wohl auch ein Fingerzeig für uns vor — wird gefordert, daß der Landpastor eine ganz besondere Vorbereitung gebrauche. Er sei auch, abgesehen von seinem pfarrentlichen Dienst, eine soziale Kraft in der ländlichen Gemeinde und müsse darum mit einem ganz besonderen Verständnis für das Landvolk ausgerüstet sein. Die Seminare müßten besondere Kurse für Landpastoren haben, in denen ländliche Soziologie, ländliche Wirtschaft und Psychologie gelehrt werden. Der Durchschnittspastor sei gewöhnlich über diese Dinge, die doch für seinen Erfolg notwendig wären, außerordentlich wenig informiert. Dazu komme, daß der junge Pastor im Alter von 35 Jahren schon wegen der

Kindererziehung meist suche, in die Stadt zu kommen. Dadurch würde die Periode des Lebensalters von 35 bis 50 Jahren, in welcher der Mann seinen Dienst am gründlichsten tun kann, für das Land so gut wie ausgeschaltet. Man habe auf solche Weise wenig Sympathie mit den eigentlichen Problemen des ländlichen Lebens und wenig Interesse für das Bauernvolk. Frage man diese Art Pastor nach seinem Programm für seine Kirche, so würde er sagen, „mein Programm ist, vom Lande in die Stadt zu gehen“. Es liege das z. T. auch an dem geringen Einkommen des Landpastors, welches ihm die Kindererziehung auf dem Lande unmöglich mache. Gerade hier müsse, so sagt der praktische Amerikaner, eine Besserung ein-
setzen.

Warum nicht endlich produktive Arbeitslosenfürsorge?

Die deutsche Not ist sehr groß. Aber noch größer ist das Unverständnis, mit welchem man dieser Not begegnet. Unsere fast 3 Millionen Arbeitslosen, und bald werden es noch etliche Millionen mehr sein, wenn nichts unternommen wird, bedeuten einen ungeahnten Arbeitsverlust und Werteverfall. Das Arbeitslosenproblem muß gelöst werden, denn die Folgen der Arbeitslosigkeit sind weder außen noch innenpolitisch zu tragen. Das Problem kann gelöst werden (s. auch die Abhandlung von Dr. G. Vonne, Altona-Nissen, in Nr. 185 des „Aufwärts“ über Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit), denn es sind notwendige und notwendige Bedürfnisse in genügender Menge vorhanden, die infolge falscher Politik bis jetzt nicht befriedigt werden. Arbeit ist, da sie Werte schafft, die einzige Möglichkeit, unsere Schulden in Reich, Ländern, Provinzen und Gemeinden zu mildern bzw. zu beseitigen.

Unsere Außen- und Innenpolitik muß in erster Linie eine Arbeitslosenbeseitigungs- (und nicht Förderrungs- und Unterstützungs-) Politik werden, und zwar müssen wir außenpolitisch von unseren Vertragsgegnern in den Stand gesetzt werden, unsere Schulden nur durch Arbeit abzudecken. Innenpolitisch müssen wir aber selber recht kräftig zupacken. Alle anderen Brücken sind morsch und zerbrechen.

Für unsere Innenpolitik kommt zuerst die Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse in Frage, und solche sind, wie schon erwähnt, genug vorhanden. (Hebung der landwirtschaftlichen Produktion hinsichtlich der Menge und der Konkurrenzfähigkeit gewisser Erzeugnisse, Oedlandkultivierung, Wohnungsbau, Straßenbau und dergl. mehr.) Das alles sind dankbare Aufgaben. Besonders gilt dieses vom Wohnungsbau. Ungeheures ist hier zu leisten. Das Wohnungsproblem muß mit Hilfe des Reiches, der Länder und der Gemeinden energisch in Angriff genommen werden. Es müssen Ländereien und Geldmittel zur Verfügung gestellt und der zum Bauen nötige Grund und Boden verbilligt werden. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, dann müssen die Gelder, die jetzt nutzlos für eine die Sitten und Moral des deutschen Volkes untergrabende und dessen Wirtschaft schwer schädigende Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden, für die Ankurbelung der Bauindustrie verwendet werden. Die Bauindustrie ist die Schlüsselindustrie vieler anderen Gewerbe. (Gewerbe der Holz-, Eisen-, Glasindustrie usw.)

Ferner ist die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht (s. Dr. Schöppe, „Deutsches Arbeitsdienstjahr statt Arbeitslosenwurm“),

Verlag J. F. Lehmann, München) muß außen- und innenpolitisch erkämpft werden, denn sie hat mit Militarismus, was aus agitatorischen Gründen von ihr behauptet wird, nichts zu tun. Wenn wir wieder emporkommen wollen, dann müssen wir Arbeitsmöglichkeiten, aber keine sinnlosen, erfassen und erschöpfen, denn nur durch Arbeit, die zur Befriedigung notwendiger Bedürfnisse dient, können wir Deutschen wieder ein zukunftsreiches Volk werden.

Es ist daher zu fordern:

1. Bereitstellung von Grund und Boden durch Reich, Länder und Gemeinden in großem Umfange und zu niedrigen Preisen.

2. Milderung gewisser Bauvorschriften, welche besonders die Herstellung von Kleinwohnungen erschweren und hemmen.

3. Ein Höchstpreisgesetz für Grund und Boden mit einem Hypotheken- (Härtens-) Ausgleichsgesetz (s. m. Ausf. in Nr. 193).

4. Schaffung (und Vergrößerung) von Ziegeleien dort, wo die Notwendigkeit und die Voraussetzungen vorhanden sind.

5. Einführung der Arbeitsdienstpflicht für die Jugend im Alter von 19—20 Jahren (Beschäftigung in der Landwirtschaft, Bau von Ziegeleien, Beschäftigung im Baugewerbe, Kultivierung von Oedländern, Wegebau (s. Bulgarische Arbeitsdienstpflicht) usw.).

6. Theoretischer und praktischer Unterricht der landwirtschaftlichen Arbeitsdienstpflichtigen in den Zweigen der Landwirtschaft, damit durch genügende Vorbildung die Konkurrenzfähigkeit und Unabhängigkeit der deutschen Landwirtschaft, und somit auch die des deutschen Volkes, gefördert wird.

7. Behörden des Reiches und der Länder haben die Verpflichtung, deutsche Waren zu verbrauchen. (Ist das Roggenbrot bei der Reichswehr usw. in dem von der Landwirtschaft geforderten und erstrebten Maße eingeführt?)

Durch die Verwirklichung obiger Forderungen würde zur Behebung unserer Arbeitslosigkeit erheblich beigetragen. Es müssen alle nur aus agitatorischer Rücksicht bestimmten Gegensätze und Hemmungen beseitigt werden, denn sie schädigen die Volksinteressen. Einigkeit über die notwendigen grundsätzlichen Forderungen muß im Volke vorhanden sein. Hoffentlich wird diese Einigkeit noch zur rechten Zeit erzielt, denn sonst können wir im nächsten Jahre, bezw. schon Ende dieses Jahres schlimme Dinge erleben.

Es wird oft Kapitalmangel als Grund unserer Arbeitslosigkeit angegeben. Auf der einen Seite stimmt das wohl, aber auf der anderen Seite wieder nicht. Wie wird doch heute mit dem Gelde des Volkes herumgeworfen? — Wie würde ein Volksentscheid hierüber urteilen? — Nicht nur den hohen Beamten, nein, auch den Wirtschaftsführern, die oft über die Gehälter der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten große Töne reden, sollte es klar werden, wo zuerst ein Abbau erfolgen muß. Dort herrscht aber meist die Meinung: „Den unteren Beamten geht es im allgemeinen schlecht, den höheren Beamten geht es aber besonders schlecht.“ Tatsache ist, daß die Wirtschaft die höchsten Gehälter zahlt. Auf der einen Seite haben wir die große Arbeitslosigkeit und das größte Elend, und auf der anderen Seite ist Ueberfluß und herrscht Verschwendung. Soll man hierzu noch länger schweigen?

Bezüglich der Gehälter muß gefordert werden:

1. Eine gemeinsame Regelung der zu fordernden Gehaltskürzungen für die Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder, der Gemeinden und der Wirtschaft. (Natürlich muß dem Charakter der Wirtschaftstätigkeit einerseits und dem Charakter der Reichs- (usw.) Beamten andererseits Rechnung getragen werden.)

2. Verbot unnötiger Ausgaben für Repräsentationen. Herr Dr. G. Vonne hat mit seinen Sparvorschlägen (s. Nr. 185) das Richtige getroffen. Seine Vorschläge verdienen, jedem Wähler bekanntgemacht zu werden.

Er schlägt vor:

Die Gehälter von über 300 000 Mark um 1/2, von über 200 000 Mark um 1/3 usw. zu kürzen. Er schreibt allerdings nur von den Beamtengehältern. Er wird aber doch sicher die Gehälter, welche die Industrie ihren höheren Angestellten zahlt, in seinem Sparprogramm nicht ausschließen wollen? Nicht Rundgebühren und das Anhören der Reden der Ueberbezahlten über die deutsche Not können uns helfen, wie Herr C. Fricke, Schornebeck, in Nr. 191 richtig schreibt, sondern nur grundsätzliche Abkehr von jeglicher Fickarbeit. Sn. Rp.

Nach der Wahl.

Selten ist einer Reichstagswahl mit größerer Spannung entgegengesehen worden als diesmal. Schon der mit großer Leidenschaftlichkeit geführte Wahlkampf ließ deutlich erkennen, daß das Interesse der Wählermassen an der Entscheidung des 14. September sehr rege war. In dem großen Heer der Nichtwähler, das sich bei der letzten Wahl von 1928 auf über 10 Millionen belaufen hatte, war ein großer Teil durch die Propaganda der Parteien aus seiner Gleichgültigkeit aufgerüttelt worden. Auch eine große Zahl von Jungwählern sollte zum ersten Male ihr Wahlrecht ausüben, so daß man also von vornherein mit einer größeren Wahlbeteiligung rechnen konnte. Tatsächlich ist ja auch der Zustrom der Wählermassen zu der Wahlurne bedeutend stärker gewesen als vor zwei Jahren. Vollerorts sind Wahlbeteiligungen von über 90 Prozent festzustellen. Ungefähr 85 Abgeordnete wird der neue Reichstag mehr zählen als das bisherige Parlament. Die Unterbringung dieser Abgeordneten wird dem Reichstagsdirektor ordentlich Kopfschmerzen bereiten, war doch der Sitzungssaal ursprünglich nur für 397 Abgeordnete berechnet.

Was nun das Wahlergebnis selbst betrifft, so hat die Sozialdemokratie, obwohl sie zuletzt in der Opposition zu der Reichsregierung stand, sich zwar als stärkste Partei behauptet, doch hat sie rund zehn Mandate an die Kommunisten verloren, die einen erheblichen Stimmen- und Mandatszuwachs buchen können, wenn auch ihre Hoffnungen wohl nicht ganz in Erfüllung gegangen sind. Der Mandatszahl nach stehen die Parteigänger Moskaus an dritter Stelle. Vor ihnen rangieren — und das ist die Hauptüberraschung dieses Wahlkampfes — die Nationalsozialisten. Gewiß hatte man allgemein mit einem Erstarken der radikalen Reichspartei gerechnet, aber das Ausmaß dieses Stimmenzuwachses kommt doch überraschend. In politischen Kreisen rechnete man höchstens mit einer Steigerung von 12 auf 60 Mandaten, in Wirklichkeit hat die Hitlerpartei ihre Stimmenzahl verneunfacht, ein Erfolg, mit dem die Nationalsozialisten wohl selbst kaum gerechnet haben dürften. Sie sind der Mandatszahl nach hinter die Sozialdemokraten an die zweite Stelle gerückt.

Gott und Krieg.

Im September erscheint in dem Adherv Verlag der Buch- und Traktatgesellschaft ein neues Kriegsbuch: „Gott und Krieg“. Der Verfasser hat als Fähnrich und Leutnant die Westfront erlebt und ist jetzt Sozialpastor in Chemnitz. Der Glaube des jungen Offiziers wird durch das furchtbare Kriegserlebnis aufs tiefste erschüttert. Er gelangt aber Schritt für Schritt zu der Ueberzeugung: Gott ist mit uns im Krieg nahe. Zu der Frage „Christentum und Krieg“ versucht der Verfasser, frei von jeder Politik, allein den Standpunkt der Bibel zu erforschen. Das Nachwort zu diesem Erlebnis-Buch „Gott im Krieg“ lassen wir nachstehend folgen:

Ich nahm die Bibel zur Hand.

Am jedem Vormittag, vor dem Gang in den Dienst, las ich in den Psalmen. Das alte Testament hatte es mir vom Feld her angetan.

Das alte Testament kannte Streiter und Helden, Krieg und Kriegesnot.

Das Bibellesen gab meinem Leben wieder Gleichmaß, innere Ordnung und festen Halt. Ich „sah“ den Heiligen ins Herz, wie auch sie im Krieg gewesen waren und Gott im Krieg erlebt hatten, wie sich jene verliehen auf Wagen und Rosse, sie aber an den Namen des Herrn, ihres Gottes, dachten.

Die Frommen sangen so getroßt und froh im Psalm: „Wenn sich schon ein Heer wider mich legt, so fürchtet sich dennoch mein Herz nicht, wenn sich Krieg wider mich erhebt, so verlasse ich mich auf ihn.“ Sie glaubten, sie wußten, sie hatten es erlebt: Gott ist Zuversicht und Stärke, ist feste Burg. Sie jubelten froh-gewiß in großer Gefahr: „Ob tausend fallen zu deiner Rechten, so werden sie dich doch nicht treffen.“ Wir hatte ich das buchstäblich an mir selbst erfahren!

Ich hatte es erlebt, 100-fach, 1000-fach: „Herr, Herr, meine starke Hilfe, du beschirmt mein Haupt zur Zeit des Streits.“ Ich hatte es durchgemacht: Gott ist im Krieg, so stark, helfend, tröstend, tragend, rettend, behütend, erbarkeid, liebend, gnädig! — In mein Inneres strömte heilige Ruhe, Frieden vom Ewigen. —

Über draußen auf der Straße, da war noch Krieg. Da lärmte und sang man, wühlten und wallten sie, zogen die Massen der Revolution.

Das Vaterland schrien sie nieder.

„Wir haben kein Vaterland. — Wir kennen kein Vaterland. — Wir haben noch nie eins gehabt!“ —

Ich sann nach:

Ich wußte zu gut vom Graben her, von Stöckel und Schott und den vielen anderen, daß viele im Vaterland kein „Vaterland“ gehabt hatten. Die wohnten in finsternen, ungesunden Winkeln hoher Mietskasernen der Großstadt. Die lebten jahraus, jahrein ein kärgliches Leben. Die hatten weder Raum noch Licht noch Luft genug zu einem würdigen Menschenleben. Die hatten Sehnsucht in ihrem Herzen, heiße Sehnsucht nach einem Vaterland, daß auch für sie wirklich und wahrhaftig „Vater — land“ sein würde. Sie waren in dieser Sehnsucht gefallen.

Vaterland? —

Ich konnte es nicht verleugnen!

Jawohl! Vaterland! Aber wirkliches Vaterland, nicht nur national-historisches Vaterland, nicht nur geographisches Vaterland, sondern Vater — land. Das heißt: Raum, Haus, Dach, Bett, Licht, Luft, Sonne, Arbeit und Brot für jeden, für alle! Und Vater — land, das heißt: so väterlich liebend, fürsorgend, sittlich umfassend, verpflichtet und verpflichtet, so sozial-brüderlich, so heilig, wirklich, so ganz: Vaterland, Heimat, Frieden, Glück, Gemeinschaft, aller, erst recht der „Kleinsten“ und der „Lezten“. Vaterland! Jawohl, wir haben eines. Aber wir hatten es mißbraucht, verschandelt, ausgebeutet und bis zur Karrikatur verzerrt. Vaterland! Es ist da, aber wir müssen es neu entdecken, sehen, erleben, gestalten, lieben, heiligen. Vaterland ist nie fertig. Vaterland ist dauernde Aufgabe, immerwährender Bau.

„Aufbauen wollen wir, was zerstört ist“, hatten die auf dem Rückmarsch gesagt.

„Nie wieder Krieg!“ schrien die großen Buchstaben von den Plakaten in die neue Zeit. Und die Massen wälzten in Marschkolonnen durch die Straßen hinter blutigen Kriegsfahnen und mit Krieg in Augen und Fäusten und auf den Lippen.

Heuchler! — „Nie wieder Krieg!“ und waren doch selbst von oben bis unten Krieg.

Ich sann:

Könnten Kriege abgeschafft werden? — Könnten das Menschen tun, vielleicht durch Bündnisse und Verträge und Völkergericht? — Ich sah die Menschen, die Menschen aus dem Kriege und die Menschen aus dem Frieden, der alten und der neuen Zeit, ich sah diese Menschen von

Fleisch und Blut und — voller Sünde. Diese schwachen, nützlichen, jammervollen, leidenschaftlichen, erregbaren, heuchelnden, selbststüchtigen, unheiligen, sündigen, schuld-beladenen Menschen vor Gott! —

Die und — nie wieder Krieg!?

Unmöglich! Utopie! Unwirklichkeit und Unwahrheit und Unheilschmerz!

Es stand für mich fest: schafft erst die Sünde unter den Menschen ab und dann erst könnt ihr sagen: „Nie wieder Krieg!“ Solange Menschen mit Sünde auf Erden sein werden, wird auch Krieg sein. Krieg in irgendeiner Form. Krieg immer wieder bis ans Ende der Welt.

„Und Frieden auf Erden“ — durchzuckte es mich. Also doch: „Nie wieder Krieg!“?

Nein! Der Frieden, der „vom Himmel hoch“ zur Weisheit auf Erden kam, war ein anderer, war nicht „Nie wieder Krieg“, war nicht irdisches Völkerparadies und Schlaraffenland der Staaten. Er war: Frieden auf Erden und nicht von Erden. Frieden, wie ihn die Welt eben nicht geben kann. Frieden von Gott, mit Gott, Frieden des armen, unruhigen sündigen Menschenherzens mit dem Gott der Gnade und Liebe.

„Heraus aus der Kirche!“ Die Redner der neuen Zeit brüllten so. Plakate riefen mit fetter Riesenchrift: „Die Kirche hat versagt.“ „Die Pfarrer haben den Krieg gepredigt, zum Kriege geheißt. Die Kirche war treueste, untertänigste Magd des allerhöchsten Kriegsherrn. Sie hat die Waffen segnet mit dem Kreuz. Sie hat die Truppen für den Selbentod begeistert. Sie hat den Krieg zum heiligen Krieg gestempelt und den Massenmord zum sittlich-heroischen Opfertod. Sie hat Christus einen Stahlhelm aufgesetzt und ihm ein Schwert in die Hand gegeben. Die Kirche ist mit schuld am Kriege!“ —

Ich sann:

Ich wußte aus Heimat und Front, daß es so wirklich nicht gewesen war. Die Kirche hatte nicht zum Kriege geheißt. Mit dem gesamten Volk hatte sie sich 1914 eins gerufen in der Auffassung des Krieges. Zu ernster Buße und ernstem Beten vor Gott hatte sie gerufen. Mit allem Nachdruck hatte sie Gottes Wort verkündet. Daß sie dabei zu den Kriegstegern „des Alten Testaments“ gegriffen hatte, war selbstverständlich.

Entgleisungen waren vorgekommen. Diese verdienen aber auch scharfe und reißende Verurteilung. Ich hatte

Zur Stimmgebung der „marginalisierten“ Hauptkräfte geistlichen Rechts der Heer der Jungten Zulauf zu

Von der das Zentrifuge Volstand. Die Harnungspolitik nur seinen sondern darligng profi zur politisch Rabinett Wsche Volks ihres Bestan Wähler abge Stimmenver Staatspa diese Partei deutschen Part scharspartei Bauernpberluf in dpartei, d war, geht d kreis die erhalten hat.

Die g stärkste Fra und Mandat fünfte Stell den mehrse fraktion n tagauflösun auf 41 zu den Nat nationalen v gewiffen U vofft, w neugegründ 19 Mandat fügten, nur die Lfitem Deutsch-Gan

Die g Regierung jezt in hol daten entfa nur 180, d so stark. Di für die Möglicheit den Nation die Groß bis zur Reg einer Reg etwa 265 Wahrscheinl hen Koalit dieser Waf der radikal 66 auf ab abermalige vor der W Bild kaum

selbst einm tikel „Krie ... auch l den zu heil beim Schre so rauh un war mit f nicht mitm

Mir wa Krieg ist r und über d als den W Jahraußen ein klares, Krieg. Gl aber es fe Leben und eignisse u wartet au Krieg. In auch wirk in aller se den Krieg lichtspunk brandmar

Lernen siebenten t zu stellen und ihre s und raffi Kurs-Seh töten!“

Das m gegenüber suchen, de zu rechtf sein! Ihr hat Sünd

Es ist daß sie de So wenig kann sie e nur — G um so er stellen un

erden:
fordernben
gestellten des
Wirtschaft.
tsangelegten
(m.) Beamten

äsentationen.
arvorschlügen
vorschläge ver-
werden.

%, von über
ird aber doch
hren höheren
m nicht aus-
den Anhören
deutsche Not
hornebeck, in
hliche Abkehr
Sn. Rp.

mit größerer
mal. Schon
Wahlkampf
der Wähler-
September sehr
wähler, das
ber 10 Mil-
eil durch die
Reichsgültigkeit
l von Jung-
ahlrecht aus-
n mit einer
n. Tatsächlich
ssen zu der
s vor zwei
en von über
Abgeordnete
als das bis-
dieser Abge-
entlich Kopf-
ungsjaal ur-
erechnet.

elbst betrifft,
wohl sie zu-
erung stand,
doch hat sie
nisten ver-
nd Mandats-
Hoffnungen
n sind. Der
ger Moskau
— und das
mpfes — die
man allge-
Rechtspar-
enzunwachses
kreisen rech-
ung von 12
Hitlerpar-
olg, mit dem
um gerechnet
nach hinter
stelle gerückt.

e schwachen,
erregbaren,
ndigen, schuld-

Unwahrheit

nde unter den
auf: „Nie wie-
auf Erden sein
nderer Form.
t.

es mich. Also

och“ zur Weih-
par nicht „Nie
paradies und
Frieden auf
ihn die Welt
mit Gott, Frie-
denherzens mit

er neuen Zeit
enschrift: „Die
den Krieg ge-
r treueste, un-
herrn. Sie hat
hat die Trup-
den Krieg zum
mord zum Sit-
einen Stahl-
Hand gegeben.

es so wirklich
um Kriege ge-
1914 eine ge-
erster Wähe
en. Mit allem
t. Daß sie da-
ents geüßten

Diese verdien-

ung. Ich halte

Ihr Stimmengewinn geht allerdings nicht auf Kosten der „marxistischen“ Parteien, denen ihr Kampf in der Hauptsache gelten sollte, sondern zu Lasten der bürgerlichen Rechte und Mitte. Außerdem dürften sie aus dem Heer der Jungwähler und bisherigen Nichtwähler starken Zulauf zu verzeichnen haben.

Von den alten bürgerlichen Parteien haben allein das Zentrum und die ihr nahestehende Bayerische Volkspartei den Wahlkampf erfolgreich bestanden. Trotzdem das Zentrum in dem Kabinett Brüning die Hauptlast der Verantwortung für die Regierungspolitik der letzten Monate trug, hat es nicht nur seinen Stimmenverlust von 1928 weit gemacht, sondern darüber hinaus von der stärkeren Wahlbeteiligung profitiert. Dieser Erfolg kommt jedoch nicht zur politischen Auswirkung, da die übrigen an dem Kabinett Brüning beteiligten Parteien ganz erhebliche Einbußen erlitten haben. Am schwersten ist die Deutsche Volkspartei betroffen, die beinahe die Hälfte ihres Bestandes verloren hat. In welches Lager ihre Wähler abgewandert sind, läßt sich schwer sagen. Ihr Stimmenverlust kann der neugegründeten Deutschen Staatspartei nicht zugute gekommen sein, denn diese Partei hat trotz Verstärkung durch den jungdeutschen Orden den alten Besitzstand der demokratischen Partei nicht ganz behaupten können. Die Wirtschaftspartei kehrt in alter Stärke, die Deutsche Bauernpartei dagegen mit 25 Prozent Mandatsverlust in den Reichstag zurück. Die Volksrechtspartei, die bisher mit 2 Abgeordneten vertreten war, geht diesmal leer aus, da in keinem Wahlkreis die erforderliche Stimmengahl von 60 000 erhalten hat.

Die Deutschnationalen, bisher die zweitstärkste Fraktion, hat fast die Hälfte ihrer Stimmen und Mandate verloren und ist der Zahl nach an die fünfte Stelle gedrängt. Diese Erscheinung kann nach den mehrfachen Spaltungen der deutschnationalen Fraktion nicht wundernehmen. Der bei der Reichstagsauflösung verbliebene Rest von 36 Mandaten hat sich auf 41 erhöht. Ein großer Teil der Wähler ist zu den Nationalsozialisten sowie zu den von Deutschnationalen abgesplitterten Gruppen abgewandert. Einen gewissen Achtungserfolg erzielten davon das Landvolk und der Christlich-Soziale Volksdienst, während die von Treibranus-Graf Westarp neugegründete konservative Volkspartei von ihren 19 Mandaten, über die sie zuletzt im Reichstag verfügten, nur fünf retten konnten, und das auch nur durch die Listenverbindung mit dem Landvolk und den Deutsch-Hannoveranern.

Die große Frage ist nun: Wie wird es mit der Regierungsbildung? Das Kabinett Brüning ist jetzt in hoffnungsloser Minderheit. Von 575 Mandaten entfallen auf die bisherigen Regierungsparteien nur 180, die Opposition ist dagegen mehr als doppelt so stark. Die gegenwärtige Regierung ist damit erledigt. Für die Regierungsbildung bleiben also nur zwei Möglichkeiten, entweder der Rechtsblock von den Nationalsozialisten bis zur Wirtschaftspartei oder die Große Koalition von der Sozialdemokratie bis zur Wirtschaftspartei, in beiden Fällen ständen einer Regierungsmehrheit von rund 310 Stimmen etwa 265 oppositionelle Mandate gegenüber. Größere Wahrscheinlichkeit dürfte die offene Rückkehr zur Großen Koalition haben, doch wird ein Kabinett auf dieser Basis im Reichstag angesichts der Verdreifachung der radikalen Opposition von rechts und links — von 66 auf über 180 — ein schweres Leben haben. Eine abermalige Auflösung des Reichstags, von der schon vor der Wahl mehrfach die Rede war, würde aber das Bild kaum ändern.

selbst einmal 1915 in einer großen Zeitung im Leitartikel „Kriegsdienst — Gottesdienst“ den Satz gelesen: „... auch heute hat der Priester das Amt, nicht nur Wunden zu heilen sondern auch ...“ — es will mir der Stift beim Schreiben stocken — „... Wunden zu schlagen, und so rauh und hart es klingen mag, auch zu töten.“ — Das war mir furchtbar und unannehmbar! Hier konnte ich nicht mitmachen.

Mir war es immer klar: Kirche ist nicht Krieg, und Krieg ist nicht Kirche. Die Kirche muß wohl im Kriege und über dem Kriege sein, muß aber Gott mehr gehorchen als den Menschen und dem Kriege. Ich vermisse in den Jahrtausenden der Vergangenheit und in der Gegenwart ein klares, festes Bekenntnis der Kirche gegenüber dem Krieg. Glaubensbekenntnisse hat sie genug geschaffen, aber es fehlten ihr noch Bekenntnisse zum praktischen Leben und Geschehen. Gott will sie durch die letzten Ereignisse und Bewegungen dazu führen und zwingen. Gott wartet auf das Bekenntnis der Kirche gegenüber dem Krieg. In diesem Bekenntnis müßte die Kirche den Krieg auch wirklich Krieg nennen in aller seiner Furchtbarkeit, in aller seiner Sündigkeit. Fertigbringen müßte sie es, den Krieg, jeden Krieg, unabhängig von nationalen Gesichtspunkten und politischen Belangen als Sünde zu brandmarken und als Sünde zu behandeln.

Lernen müßte die Kirche, außer dem sechsten und dem siebenten Gebot endlich das fünfte Gebot auf den Leuchter zu stellen und hineinleuchten lassen in die Menschenwelt und ihre Kriege. Denn Krieg ist in jedem Falle bewußte und raffinierte Zermalmung des künftigen Gebotes, Außer-Kurs-Setzung dieses göttlichen Willens: „Du sollst nicht töten!“

Das müßte die Kirche mit starker Kraft allem Krieg gegenüber betonen und predigen. Sie sollte nicht ver-lucken, den Krieg im einzelnen fittlich zu verbrämen oder zu rechtfertigen. Ihr Amt könnte und dürfte das nicht sein! Ihr Amt ist Gott und sein Wort und sein Wille. Sie hat Sünde Sünde zu nennen und Krieg Krieg.

Es ist lächerlich, von der Kirche verlangen zu wollen, daß sie den Krieg abschaffen solle. Das kann sie gar nicht. So wenig wie sie die Sünde abschaffen kann, so wenig kann sie auch den Krieg abschaffen. Das könnte und kann nur — Gott. Darum hat auch die Kirche die heilige Pflicht, um so ernster den Krieg unter Gott und sein Wort zu stellen und von ihm richten zu lassen.

Brüning bei Hindenburg.

14. Oktober Reichstag.

Reichskanzler Dr. Brüning hat Montag vor-mittag dem Reichspräsidenten Vortrag über das Wahl-ergebnis gehalten. Es ist nicht anzunehmen, daß jetzt schon über die Feststellung des Ergebnisses hinaus Entschlüsse gefaßt wurden. Die Regierung Brüning, die ja kein geschäftsführendes Kabinett ist, wird sicherlich in unveränderter Zusammensetzung vor den Reichstag treten, mit dem Programm, das es vor den Wahlen in mehreren Gesetzentwürfen aufgestellt hat.

Der Reichstag wird aller Voraussicht nach auf den 14. Oktober einberufen. Eine Regierungsbildung dürfte vorher nicht erfolgen.

Der Reichspräsident begibt sich zu den Reichswehrmandatern nach Nordbayern und Südhü-ringen. Auch der Reichskanzler Dr. Brüning wird Berlin verlassen und sich in Süddeutschland einige Tage der Entspannung gönnen.

Der neue Reichstag.

Das vorläufige Gesamtergebnis. — Erhebliche Ver-lust der Deutschnationalen und der Deutschen Volks-partei. — Vereinfachung der Nationalsozialisten. — Berlin, 15. September.

Nach dem beim Reichswahlleiter bis zum 15. Sep-tember 1930 vormittags eingegangenen vorläufigen amtlichen Meldungen der Kreiswahlleiter ist das Ge-samtergebnis der Reichstagswahl folgendes:

Es wurden abgegeben für:	1930	1928
Sozialdemokraten	8 572 018	9 150 533
Deutschnationale	2 458 497	4 380 196
Zentrum	4 128 929	3 710 747
Bayerische Volkspartei	1 058 556	945 306
Kommunisten	4 587 708	3 262 876
Deutsche Volkspartei	1 576 199	2 678 532
Christl.-Soz. Volksgem.	81 558	—
Deutsche Staatspartei	1 322 608	1 478 469
Wirtschaftspartei	1 379 359	1 395 650
Nationalsozialisten	6 401 210	809 939
Deutsches Landvolk	1 104 727	581 519
Deutsch-Hannoversche Partei	144 242	194 268
Konservative Volkspartei	313 874	—
Volksrechtspartei	271 931	482 697
Deutsche Bauernpartei	399 072	480 947
Landvolk	193 899	—
Christl.-Soz. Volksdienst	807 377	—
Nationale Minderheiten	76 438	—
Sonstige Parteien	64 654	—
	34 942 854	29 886 703

Die im Wahlkreis Nr. 14 (Wefer-Ems) auf den gemeinsamen Kreiswahlvorschlag „Konservative Volks-partei und Deutsch-Hannoversche Partei“ entfallenen Stimmen sind in der Stimmengahl der Konservativen Volkspartei enthalten.

Die auf den kombinierten Reichswahlvor-schlag Nr. 10 und die ihm angeschlossenen Kreis-wahlvorschläge Nr. 10, 14 und 16 (Landvolkslisten, Deutsch-Hannoversche Partei und Konservative Volks-partei) entfallenden 26 Sitze werden sich vorauss-ichtlich wie folgt verteilen: 18 Sitze Deutsches Land-volk, 5 Sitze konservative Volkspartei und 3 Sitze Deutsch-Hannoversche Partei.

Die Fraktionsstärken.

Vor und nach der Wahl.

Im Zusammenhang mit der politischen Umgrup-pierung hat es bekanntlich auch im Reichstag selbst wesentliche Verschiebungen gegeben, durch die die ur-sprünglichen Fraktionsstärken wesentlich geändert wur-den. Wenn man also ein klares Bild über die Aus-wirkung der Wahl vom 14. September gewinnen will, muß man bei einem Vergleich mit den früheren Er-gebnissen unterscheiden zwischen der Fraktionsgrup-pierung unmittelbar nach der Wahl vom Mai 1928 und bei Auflösung des Reichstags. Nachstehend geben wir deshalb eine Gegenüberstellung der entsprechenden Zahlen, aus der sich die Parteienbewegung klar er-kennen läßt.

	20.5.28	18.7.30	14.9.30
Sozialdemokraten	153	151	143
Deutschnationale	73	36	41
Zentrum	61	60	68
Kommunisten	54	55	76
Deutsche Volkspartei	45	45	29
Staatspartei (Demokraten)	25	25	20
Wirtschaftspartei	23	23	23
Bayerische Volkspartei	17	17	19
Nationalsozialisten	12	12	107
Deutsche Bauernpartei	8	8	6
Landvolk	9	23	18
Deutschhannoveraner	4	4	3
Volkskonservative	—	19	5
Christlich-Soziale	—	6	14
Volksrechtspartei	2	2	—
„Wilde“	—	4	—
Landvolk	—	—	3
	491	491	575

Das Landtagswahlergebnis in Braunschweig.

Gleichzeitig mit der Reichstagswahl fand im Frei-staat Braunschweig auch die Landtagswahl statt. Die Verteilung der 40 Sitze (gegenüber 48 im vorigen Land-tag) stellt sich wie folgt: Sozialdemokraten 17 (24), Kommunisten 2 (2), Deutsche Staatspartei 1 (Demo-kraten 2), Nationalsozialisten 9 (1), Bürgerliche Ein-heitsliste 11 (19).

Die Splitterparteien.

Rund 430 000 Stimmen mandatslos.

Die jetzt vorliegenden Einzelergebnisse der Reichs-tagswahl gestatten auch einen Ueberblick über die von den kleineren Parteien erreichte Stimmengahl. Die Christlich-Soziale Volksgemeinschaft, die ihre Stimmen der Reichsliste der Deutschen Volkspartei zuführt, hat in 22 Wahlkreisen insgesamt 85 558 Stimmen auf sich vereinigt. Die Deutsche Kulturpartei der geistlichen Be-

rufe hat 6265, die Partei „Handel, Handwerk, Haus-bezug“ 3699 und die „Radikale deutsche Staatspartei“ 8810 Stimmen aufgebracht, die der Wirtschaftspartei zufallen.

Die Volksrechtspartei

und die Christlich-Soziale Reichspartei haben zusammen 271 931 Stimmen erhalten, die jedoch, da sie keiner Reichsliste einer anderen Partei zugeführt wurden, vollständig verloren gegangen sind. Der Frei-bund des Handwerks, Kleinhandels und Gewerbes brachte 9445 Stimmen auf. Die deutsche Einheits-partei für wahre Volkswirtschaft hat rund 6000 Stim-men erhalten, die Partei gegen den Alkohol 1172 Stim-men. Die Partei der Kriegsbeschädigten und Kriegs-hinterbliebenen hat 6702 Stimmen auf sich vereinigt. Die USPD ist mit nur 11 697 Stimmen in 16 Kreisen auf ein Minimum zurückgegangen. Die Haus- und Grundbesitzerpartei hat in 20 Wahlkreisen 25 515, die Arbeiterpartei für das arbeitende und schaffende Volk rund 900, die Mieter- und Volksrechtspartei in Bres-lau 650, die Menschheitspartei und neue Volksgemein-schaft in Schleswig-Holstein und Hamburg 1627 Stim-men erreicht.

Alle diese Splitterstimmen sind verloren gegangen. Dasselbe gilt auch von den verschiedenen nationalen Minderheiten, der polnischen Volkspartei, der Läufer Sorben, dem Schleswiger Verein, den Fries-ländern und der Preussisch-Litauischen Volkspartei, die alle zusammen im ganzen Reich nur 76 438 Stimmen aufzubringen vermochten. Dabei hat die polnische Volks-partei in Oppeln, wo sie bekanntlich mit großen Mit-teln Polen aus dem ganzen Reiche zusammengezogen hatte, mit 37 012 Stimmen die einzige fünfstellige Zahl erreicht.

Als Kuriosum sei schließlich noch die den Natio-nalsozialisten zugute gekommene „Großdeutsche Liste Schmalitz“ erwähnt, die in Magdeburg, Merseburg und Thüringen rund 25 900 Stimmen erhielt.

Die Parteien zur Wahl.

Hugenberg über den Wahlausfall.

In einer Erklärung der deutschnationalen Par-teileitung heißt es, der Ausfall der Wahlen sei die erwartete Antwort auf die Politik der Regierung Brü-nung und zugleich eine Genugtuung für die Millionen, die mit Volksbegehren und Volksentscheid den Kampf gegen Youngplan und innere Unfreiheit begonnen hät-ten. Das Gesetz des Handelns sei jetzt bei der Rechten. Der Kampf, der mit dem Volksbegehren begonnen habe, trete mit dem 14. September in einen neuen Abschnitt. Die Fortsetzung dieses Kampfes werde nicht lange auf sich warten lassen.

Hilfer fordert Brünings Rücktritt.

Der „Börsliche Beobachter“ in München, das Blatt Adolf Hitlers, schreibt, auf die Schultern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sei am 14. September eine ungeheure Verantwortung gelegt worden. Dieses sei von vornherein klar: daß die Regie-rung Brüning abzutreten habe.

Die Berliner Nationalsozialisten hatten sich am Wahlfesttagabend zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse im Sportpalast versammelt. Bei dieser Gelegenheit teilte der Gauleiter Dr. Goebbels Berliner Blättern zufolge die Bedingungen für eine eventuelle Mitarbeit in der Reichsregierung mit. Sie lauten auf Befestigung des Reichsinnen- und des Reichswehrmini-steriums, Auflösung der Koalition mit den Sozial-demokraten und Neuwahlen in Preu- n. Uebernahme des Berliner Polizeipräsidiums u. a. m. Gehe man auf diese Forderungen nicht ein, so werde die NSDAP. mit ihren hundert Mandaten weiter in der Opposition bleiben.

Das Zentrum gegen ein Zusammengehen mit Hitler.

In einem „Ruhig Blut!“ überschriebenen Artikel schreibt das Berliner Zentrumsblatt „Germania“, die Politik der Regierung Brüning müsse fortgesetzt werden, weil es eine andere Politik nicht gebe. Da die rechte Opposition regie-rungsunfähig sei, die kommunistische Opposition könne nur regiert werden mit der politischen Vernunft und mit der politischen Sachlichkeit, die für die Regie-rung entscheidend bleiben. Die Frage, die jetzt beant-wortet werden müßte, sei nur die, ob alle staatsverhal-tenden Parteien auf Grund dieser Wahl zur Einsicht und Vernunft gelangt sein werden.

Eine Antwort der Sozialdemokratie.

Gewissermaßen eine Antwort auf die Frage des Zentrumsblattes gibt der „Vorwärts“, der die Notwendigkeit der Erhaltung der parlamentarischen De-mokratie betont. Die politische Situation, die sich nach diesen Wahlen ergebe, sei keineswegs hoff-nungslos. Es sei notwendig und durchaus möglich, zwischen den Kutschparteien von rechts und links eine Macht zu stellen, die beiden Frieden gebiete. Demgemäß sei die Sozialdemokratie auch jetzt bereit, zu tun, was nach ihrer Ueberzeugung notwendig sei. Doch hänge, was geschehe, nicht von ihr allein ab.

Eine Kundgebung der Staatspartei.

Die Führung der Deutschen Staatspartei hat zum Ausgang der Reichstagswahl eine Kundgebung erlassen, in der es u. a. heißt:

„Der Radikalismus hat über die Vernunft gesiegt. Das deutsche Volk wird schnell die verhängnisvollen Wirkungen auf Staatsführung und Wirtschaft fühlen und aus dem Taumel erwachen. Die deutschen Wähler werden aus der Verwirrung den Weg zur aufbauenden Mitte zurückfinden. Der Kampf der Deutschen Staats-partei hat dem zerstörenden Radikalismus gegolten. In diesem Kampfe haben unsere Freunde ihre Pflicht. Der Kampf geht sofort mit verstärkter Kraft weiter. Seht der radikalen Hochflut den Damm des po-sitiven Aktivismus entgegen!“

Neue Männer im Reichstag.

Aus der Liste der Gewählten und Nichtgewählten.

In dem neuen Reichstag wird eine große Zahl der alten Abgeordneten wiederverkoren, doch wird man auch sehr viel neue Gesichter zu sehen bekommen.

Neu treten u. a. ein von der S.P.D.: Dr. Baade, von den Deutschnationalen Oldenburg-Janschau und Domprediger Doehring, von der

